**Allgemeine Zeitung, Ausgabe Kreis Bingen. Neuer Mainzer Anzeiger. Samstag, 7. Juni 1947.**

**Vor der Klärung**

Die erste Landtagssitzung ist in würdiger Form und in voller Einmütigkeit der Parteien, unter der geschickten Leitung des neuen Landtagspräsidenten verlaufen. Die Erregung des Wahlkampfes ist abgeebbt, realpolitischen Erwägungen treten wieder in den Vordergrund und lassen die ernste Gesamtlage erkennen, die durch die Rede des Ernährungsministers Stübinger aufgezeigt wurde und die keinen Platz mehr für Sonderwege und Sonderwünsche läßt. Denn das Verhängnis bedroht alle diejenigen, die die Verfassung angenommen, und auch die, die sie abgelehnt haben. In allen Reden kam die Aufforderung zu gemeinsamer Arbeit zum Ausdruck, und der Wille der Parteien zu dieser Gemeinsamkeit wurde durch die einstimmige Beschlußfassung dieses Tages bestätigt.

Besonders vermerkt wurde die kurze Erklärung des Fraktionsführers der CDU, des Abgeordneten Altmeier, die die Aussicht auf eine breite Koalitionsbasis eröffnete. Die Besprechungen zwischen den Parteien kristallisieren sich, wie vorauszusehen, immer deutlicher um die Frage der Besetzung des Innenministeriums. Für die Sozialdemokratie, die das Ministerium seither innehatte, ist diese Frage nach wie vor die condition sine qua non, die Voraussetzung für eine Regierungsbeteiligung. Der Besetzung des Postens des Ministerpräsidenten und der Heranziehung der Demokratischen Partei und der Kommunisten zur Regierung kommt demgegenüber vorerst nur untergeordnete Bedeutung zu. Es ist klar und verständlich und entspricht der notwendigen Selbständigkeit ihrer Beschlußfassung, wenn die CDU als die stärkste Partei in der Frage der personellen Besetzung des Ministerpräsidenten-Postens keine Einflußnahme von dritter Seite dulden will, die ihr einen Kandidaten vorschreiben möchte. Ebenso verständlich ist aber auch der Anspruch der SPD als der zweitstärksten Fraktion gerade auf das Innenministerium als Vorbedingung für den Eintritt in das Koalition.

Im Falle des Scheiterns der Verhandlungen zwischen den beiden größten Parteien kann die CDU immer noch mit der Demokratischen Fraktion allein eine Koalition bilden. Sie wird diesen Weg, nach ihrer bisherigen Haltung zu urteilen, nur als Ausweg beschreiten. Da aber sämtliche Parteien zur Mitarbeit aufgefordert und dazu auch bereit sind, so rechnet man in parlamentarischen Kreisen damit, daß schließlich das seitherige geschäftsführende Kabinett unter Ministerpräsident Dr. Boden an der Spitze mit unwesentlichen Änderungen, die sich. Durch das Ausscheiden von Kulturminister Dr. Lotz und die Hereinnahme der Demokraten ergeben, als erstes zeit- und notbedingtes Ministerium aus den Verhandlungen hervorgehen wird.